

2026-02

Aktuelles aus dem Landtag

und der Landespolitik

Mai 2026



Jagdgesetz und Wolf
Praxis ernst nehmen statt Ideologie



Sprache entscheidet über Bildungschancen
Förderung muss früher und verbindlicher beginnen



Starke Landwirtschaft sichern
Grundlage für bezahlbare Lebensmittel und Versorgungssicherheit



E-Fuels
Technologieoffenheit sichern und Chancen für Niedersachsen nutzen



Die letzte Seite
Gute Nachrichten aus meinem Wahlkreis

Liebe Leserinnen und Leser!



Im Aprilplenum im Niedersächsischen Landtag stand ein Thema im Mittelpunkt, das für die Zukunft unserer Landschaft von großer Bedeutung ist: der Ausbau eines funktionierenden Biotopverbundes.

Ziel ist es, Lebensräume besser miteinander zu vernetzen, Wanderbewegungen von Arten zu ermöglichen und so die biologische Vielfalt langfristig zu sichern. Das ist fachlich richtig und notwendig – entscheidend ist jedoch die konkrete Ausgestaltung.

In meiner Rede habe ich deutlich gemacht, dass ein erfolgreicher Biotopverbund nur gemeinsam mit der Landwirtschaft gelingen kann.

Unsere landwirtschaftlichen Betriebe bewirtschaften den größten Teil der Zielflächen und sorgen dafür, dass diese überhaupt in einem Zustand bleiben, der Artenvielfalt ermöglicht.

Ohne diese kontinuierliche Pflege würden viele Flächen verbuschen oder ihre ökologische Funktion verlieren.

Gerade deshalb ist es so wichtig, die Betriebe als Partner einzubinden. Wer Naturschutz dauerhaft wirksam gestalten will, muss auf Kooperation setzen.

Instrumente wie der **Vertragsnaturschutz** oder produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen (PIK) bieten dafür eine gute Grundlage, weil sie praxistauglich



Biotopverbünde brauchen die richtigen Partnerinnen und Partner, damit unsere Kulturlandschaft erhalten bleibt.

sind und von den Beteiligten mitgetragen werden. Vor diesem Hintergrund sehe ich den Ansatz des aktuell noch in der Beratung befindlichen Agrarstrukturgesetzes sehr kritisch, den Naturschutzverbänden ein Vorkaufsrecht für Flächen einzuräumen.

Das geht aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion in die falsche Richtung, weil es bestehende Strukturen schwächt, Flächen verknappt und eine Zusammenarbeit vor Ort erschwert, die sich bereits bewährt hat und ein gutes Beispiel für eine echte Win-Win-Situation ist.

Im Agrarausschusses am 18. März hatte sich unser agrarpolitische Sprecher, Dr. Marco Mohrmann dazu sehr deutlich geäußert:

Auf 78 Seiten hat der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst beim Niedersächsischen Landtag kein gutes Haar am vorliegenden Gesetzentwurf gelassen.

Die einseitige Gewichtung zugunsten des Naturschutzes ohne Berücksichtigung der Belange der Landwirtschaft, die geplanten staatlichen Eingriffe in den Pachtmarkt, mit denen ein enormer bürokratischer Aufwand einhergeht, und die zu erwartende Überlastung der Grundstücksverkehrsausschüsse – alles das lässt nur einen Schluss zu:

Dieses Gesetz darf so niemals das Licht der Welt erblicken!

Auch die weiteren Themen des April Plenums zeigen, wie vielfältig die Herausforderungen sind, vor denen wir heute stehen – und laden zum Weiterlesen ein.

Ihr

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Frank Schmädeke'.

Dr. Frank Schmädeke MdL

Jagdgesetz und Wolf –

Praxis ernst nehmen statt Ideologie

Mindestens ebenso bedeutend war in dieser Sitzungswoche die Debatte um das Niedersächsische Jagdgesetz und den Umgang mit dem Wolf. In einer Sondersitzung des Agrarausschusses haben SPD und Grüne ihren Gesetzentwurf vorgestellt und dabei aus meiner Sicht zentrale Punkte verfehlt.

Unser agrarpolitische Sprecher Dr. Marco Mohrmann, bringt es klar auf den Punkt:

Dieser Gesetzentwurf ist in der vorliegenden Form nicht zustimmungsfähig.

Besonders unverständlich ist der Umgang mit fachlichen Hinweisen aus der Praxis.

Eine Petition mit 8.400 Unterschriften zum Erhalt der Bejagung am Naturerdbau wurde ebenso ignoriert wie konkrete Verbesserungsvorschläge.

Dabei lagen sinnvolle Ansätze vor, etwa verbindliche

Fachkundenachweise für Hundeführer oder der Einsatz moderner Ortungstechnik für Bauhunde.

Leidtragende sind am Ende nicht nur die Jägerschaft, sondern auch der Schutz von Bodenbrütern und damit die Artenvielfalt insgesamt.

Hinzu kommt, dass das Jagdrecht in Niedersachsen erst 2022 umfassend novelliert worden ist. Statt dieses System nun ohne Not grundlegend umzubauen, braucht es Verlässlichkeit für Jäger, Landnutzer und den gesamten ländlichen Raum.

Auch der Umgang mit dem Wolf bleibt hinter den Erwartungen zurück. Auf Bundesebene

ist inzwischen ein wichtiger Schritt erfolgt: **Der Wolf wurde ins Jagdrecht aufgenommen. Damit geht es nicht mehr nur um Schutz, sondern auch um Verantwortung und aktives Management.**

In der Praxis bedeutet das, dass nach bestätigten Rissen schneller gehandelt werden könnte und bürokratische Hürden reduziert werden. Gleichzeitig zeigt sich gerade in Niedersachsen, wie schwierig die konkrete Umsetzung ist. Von einem echten Wolfsmanagement sind wir derzeit noch weit entfernt.

Ich habe dazu auch im Austausch mit der Jägerschaft deutlich gemacht, dass wir keine

ideologischen Debatten brauchen, sondern klare und praxistaugliche Lösungen.



Herdenschutz und Bestandsmanagement gehören zusammen.

Wer Verantwortung einfordert, muss auch die rechtliche Voraussetzungen schaffen, damit diese Verantwortung vor Ort wahrgenommen werden kann.

Die Jägerschaft leistet einen unverzichtbaren Beitrag zum Naturschutz durch Hege, Biotoppflege und den Schutz anderer Arten.

Dieses Engagement verdient Anerkennung und Vertrauen und nicht zusätzliche Einschränkungen ohne fachliche Grundlage. Für mich ist klar, dass es im weiteren parlamentarischen Verfahren deutliche Nachbesserungen braucht. Die Erwartungen im ländlichen Raum sind eindeutig:

Wer sie ignoriert, riskiert Vertrauen.

Sprache entscheidet über Bildungschancen

Förderung muss früher und verbindlicher beginnen

Gute Bildung beginnt nicht erst mit dem ersten Schultag. Ob ein Kind dem Unterricht folgen, Aufgaben verstehen, Fragen stellen und sich in der Klassengemeinschaft zu-rechtfinden kann, hängt ganz wesentlich von seinen sprachlichen Fähigkeiten ab. Sprache ist damit eine Grundvoraussetzung für Bildungserfolg.

Deshalb hat die CDU-Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem Kinder in Niedersachsen besser vorbereitet in die Schule starten sollen.

Meine Kollegin Sophie Ramdor hat in der Plenardebatte deutlich gemacht, worum es geht. Sprachliche Unterstützungsbedarfe müssen früher erkannt und verbindlicher gefördert werden, damit alle Kinder gerechtere Startchancen erhalten.

Ein Blick auf die Daten unterstreicht den Handlungsbedarf deutlich. Nach den Schuleingangsuntersuchungen in Niedersachsen weist rund jedes vierte Kind, in manchen Regionen sogar bis zu jedes dritte Kind, sprachliche Auffälligkeiten auf.

Gleichzeitig wächst inzwischen mehr als jedes dritte Kita-Kind mit einer nicht-deutschen Familiensprache auf. Bildungsstudien zeigen zudem, dass bis zu ein Viertel der Kinder bereits in der Grundschule die Mindeststandards im Lesen nicht erreicht. Diese Entwicklung beginnt nicht erst in der Schule, sondern deutlich früher.

Konkret sollen Sprachstandserhebungen bereits im vorletzten Jahr vor der Einschulung

verbindlich eingeführt werden. Damit wird nicht erst in der ersten Klasse sichtbar, ob ein Kind dem Unterricht sprachlich folgen kann. Wenn Förderbedarf besteht, bleibt ausreichend Zeit, gezielt zu unterstützen.

Wichtig ist dabei ein klar geregeltes Verfahren. Die Grundschulen sollen die Sprachstandserhebung landesweit einheitlich durchführen, die Kitas sollen mitwirken und die Eltern verbindlich einbezogen werden. Die anschließende Sprachförderung findet in den Kitas statt. So entsteht Verlässlichkeit statt eines Flickenteppichs unterschiedlicher Verfahren.



Die entscheidende Phase für die Sprachentwicklung liegt im Alter zwischen drei und sechs Jahren.

Genau hier setzt der Gesetzentwurf an.

Frühzeitige Förderung verbessert nachweislich die Bildungschancen und verhindert, dass Kinder bereits zum Schul-

start ins Hintertreffen geraten.

Die bisherigen Angebote der Landesregierung sind dafür nicht ausreichend. Sie sind zu unverbindlich, zu uneinheitlich und setzen vielfach zu spät an.

Selbst Ex-Ministerpräsident Weil hat zu Jahresbeginn die Frage aufgeworfen, ob Sprachförderung nicht früher beginnen müsse. Der vorgelegte Gesetzentwurf liefert darauf eine konkrete und umsetzbare Antwort.

Verbindliche Strukturen, klare Zuständigkeiten und eine enge Verzahnung von Kita und Schule sorgen dafür, dass jedes Kind die Chance auf einen guten Start in seine Schullaufbahn erhält.

Starke Landwirtschaft sichern

Grundlage für bezahlbare Lebensmittel und Versorgungssicherheit

Eine leistungsfähige heimische Landwirtschaft ist die Grundlage dafür, dass Lebensmittel für die Menschen bezahlbar bleiben. Darauf hat unser agrarpolitische Sprecher, Dr. Marco Mohrmann, in der Plenardebatte und darüber hinaus deutlich hingewiesen.

Der Zusammenhang ist klar. Nur wenn landwirtschaftliche Betriebe wirtschaftlich arbeiten, investieren und produzieren können, bleibt das Angebot stabil. Wird die Produktion eingeschränkt oder durch zusätzliche Auflagen erschwert, hat das direkte Auswirkungen auf die Preise.

Wer also dauerhaft bezahlbare Lebensmittel sichern will, muss bei den Produktionsbedingungen ansetzen.

Dazu gehört vor allem, unnötige Regulierung abzubauen und den Betrieben mehr Innovationsfreiheit zu ermöglichen. Eine starke heimische Erzeugung nützt dabei nicht nur den Landwirten, sondern auch den Verbraucherinnen und Verbrauchern.

Mehr Produktion statt mehr Bürokratie ist der richtige Ansatz.

Wie sensibel dieses Gleichgewicht ist, zeigt auch das aktuelle Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Putenhaltung. Das Gericht hat in einem Einzelfall über Anforderungen an bestehende Haltungsformen entschieden, ohne jedoch ein generelles Verbot auszusprechen.

Gerade deshalb ist jetzt eine sachliche und gründliche Analyse notwendig. Die Putenhaltung hat in Niedersachsen eine

große Bedeutung. In vielen Regionen sichern bäuerliche Familienbetriebe damit ihr Einkommen und ihre Existenz.

Sie sind ein wichtiger Bestandteil der Agrarstruktur und prägen den ländlichen Raum. Diese Betriebe brauchen jetzt vor allem Verlässlichkeit und politische Rückendeckung. Vorschnelle politische Reaktionen oder landesspezifische Sonderwege würden zusätzliche Unsicherheit schaffen.

Stattdessen kommt es darauf an, die konkreten Auswirkungen des Urteils genau zu prüfen und Lösungen zu entwickeln, die sowohl den Anforderungen des Tierschutzes als auch der wirtschaftlichen Tragfähigkeit gerecht werden.

Entscheidend ist, Tierschutz und

Wettbewerbsfähigkeit zusammen zu denken. Niedersachsen verfügt über eine starke Agrar- und Forschungslandschaft, die dafür die Grundlage bietet. Dieses Potenzial sollte genutzt werden, um tragfähige und praxistaugliche Lösungen zu erarbeiten. Gleichzeitig geht es um mehr als einzelne Produktionszweige.

Eine starke heimische Landwirtschaft ist auch eine Frage der Versorgungssicherheit. Wer die Erzeugung im eigenen Land stärkt, sorgt für mehr Unabhängigkeit und Stabilität in Krisenzeiten und trägt dazu bei, dass Lebensmittel für die Menschen bezahlbar bleiben.

Umso wichtiger ist eine offene und sachliche Debatte über Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und die Zukunft der Landwirtschaft. Genau dafür setzen wir uns ein.



E-Fuels

Technologieoffenheit sichern und Chancen für Niedersachsen nutzen

In einer abschließenden Beratung im Landtag ging es auch um die Frage, welche Rolle E-Fuels für Klimaschutz und industrielle Entwicklung in Niedersachsen spielen können. Die Position der CDU-Fraktion ist dabei klar formuliert worden. Technologieoffenheit ist der Schlüssel, um Innovationen zu ermöglichen und wirtschaftliche Chancen zu nutzen.

Der wirtschaftspolitische Sprecher unserer Fraktion, Marcel Scharrelmann, hat in der Debatte deutlich gemacht, dass E-Fuels überall dort gebraucht werden, wo eine vollständige Elektrifizierung an Grenzen stößt. Das betrifft insbesondere Bereiche wie Luftfahrt, Schifffahrt oder auch Teile des Schwerlastverkehrs. In diesen Sektoren sind klimaneutrale Kraftstoffe ein unverzichtbarer Baustein für wirksamen Klimaschutz.

Gleichzeitig geht es um konkrete wirtschaftliche Perspektiven für Niedersachsen.

Projekte wie „German eFuel One“ zeigen, dass die Technologie marktfähig ist und Wertschöpfung im eigenen Land entstehen kann. Während andere Länder diese Entwicklung gezielt vorantreiben, fehlt aus Sicht der CDU bislang der politische Wille der Landesregierung, diesen Zukunftsmarkt aktiv zu unterstützen.

Auch aktuelle Studien unterstreichen die Bedeutung erneuerbarer Kraftstoffe.

Sie zeigen, dass sogenannte Carbon Neutral Fuels langfristig einen wesentlichen Beitrag zur Dekarbonisierung leisten können –

nicht nur als Ergänzung zur Elektromobilität, sondern auch als eigenständiger Pfad, insbesondere für bestehende Fahrzeugflotten und schwer elektrifizierbare Anwendungen.

Damit wird deutlich, dass es nicht um ein Entweder-oder geht, sondern um ein Zusammenspiel verschiedener Technologien.

Eine einseitige Festlegung würde Chancen vergeben und notwendige Innovationen ausbremsen.

Die Ablehnung entsprechender Initiativen durch SPD und Grüne ist daher ein falsches Signal.

Wer Technologieoffenheit einschränkt, gefährdet Investitionen, Arbeitsplätze und die industrielle Zukunft Niedersachsens.

Gerade ein Industrieland wie Niedersachsen sollte die Entwicklung neuer Technologien aktiv begleiten und fördern, statt sie auszubremsen.



Im Januar informierte uns Dr. Lorenz Kiene, Geschäftsführer der Christian Lühmann Gruppe, als Gast des Parlamentarischen Mittelstandkreises der CDU umfangreich zu den Chancen und Möglichkeiten von E-Fuels und den notwendigen Rahmenbedingungen

E-Fuels bieten die Chance, Klimaschutz und wirtschaftliche Stärke miteinander zu verbinden. Diese Chance gilt es zu nutzen.

DIE LETZTE SEITE

Aus dem Wahlkreis

Kürzlich durfte ich Norma Weber die leitende Hebamme an den Helios Kliniken Mittelweser in Nienburg besuchen – und ich nehme vor allem eines mit: großen Respekt vor den Menschen in der Geburtshilfe, die hier Tag und Nacht neues Leben begleiten.

Norma Weber hat uns sehr herzlich empfangen und uns die Station ausführlich vorgestellt.

Besonders gefreut hat mich das Wiedersehen, nachdem sie mich im vergangenen Jahr gemeinsam mit ihrem Team im Niedersächsischen Landtag besucht hatte. Umso wertvoller war es, nun vor Ort einen persönlichen Einblick zu bekommen.

Begleitet wurde ich dabei von Dennis Seebode, unserem CDU-Landratskandidaten, dessen beide Kinder hier in Nienburg geboren wurden. Seine persönlichen Erfahrungen haben unserem Austausch eine besondere Perspektive gegeben.

Gemeinsam mit Pflegedirektor Bernd Hartig, Ina Ückert, Leitung der geburtshilflichen Station, sowie Chefarzt Dr. Mathias Uhlig, konnten wir offen über die Arbeit vor Ort sprechen.

Dabei wurde schnell deutlich, mit wie viel Engagement und Leidenschaft hier gearbeitet wird. Die Station ist modern ausgestattet und bietet werdenden Eltern vielfältige Möglichkeiten für eine individuelle Geburt.

Die Professionalität und das vertrauensvolle Miteinander schaffen eine Atmosphäre, die Sicherheit und Geborgenheit vermittelt.

Gleichzeitig wurde auch offen über Herausforderungen gesprochen, etwa bei der kinderärztlichen Versorgung in meinem Wahlkreis.

Umso wichtiger ist das gut funktionierende Netzwerk der Hebammen, das Familien in den ersten Wochen unterstützt. Besonders beeindruckt hat mich der spürbare Teamgeist.



Gemeinsames Foto „am Storch“ mit (v.li.) Dr. Mathias Uhlig, Chefarzt der Frauenklinik, CDU-Landratskandidat Dennis Seebode, leitender Hebamme Norma Weber, Pflegedirektor Bernd Hartig und Ina Ückert, Leitung der geburtshilflichen Station

**Mein Fazit:
Die Geburtshilfe in Nienburg ist hervorragend aufgestellt und lebt von engagierten Menschen, die mit großer Fach-**

lichkeit und viel Herz arbeiten. Dafür gilt mein aufrichtiger Dank.

Mit Blick auf andere Regionen bin ich froh, dass wir hier in Nienburg so gut aufgestellt sind. Werdende Eltern finden hier alles, was sie für eine sichere und zugleich persönliche Geburt brauchen.



Dr. Frank Schmädeke MdL

Mitglied des
Niedersächsischen Landtags
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover



kontakt@frank-schmaedeke.de



0170 22 08 756



www.frank-schmaedeke.de

Impressum

V.i.S.d.P:
Dr. Frank Schmädeke MdL
Eichenweg 6

31622 Heemsen

Bildnachweis:
Büro Schmädeke/
Canva